

Gattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeuilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.
 Publikationsorgan der Berufsrankenfassen

Inserate kosten die 4 gepollene Pettizelle 1,50 Mark. Verbandsachsen 50 % Rabatt

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^W
 Fernsprecher: Amt Morikplatz Nr 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ercue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Wahl des Verbandsbeirates.

Nachstehend geben wir die Liste der zum Verbandsbeirat aufgestellten Kandidaten bekannt. Die Wahl muß entsprechend den in Nr. 41 veröffentlichten Bestimmungen mittels geheimer Wahl erfolgen. Die Wahlen erfolgen in der Zeit vom 25. November bis 11. Dezember. Die Wahlprotokolle samt Stimmzettel sind der Hauptverwaltung sofort zuzusenden. Einige bereits jetzt vollzogene Wahlen, für die auch Wahlprotokolle eingefandt wurden, sind ungültig und müssen wiederholt werden. Die Stimmzettel in den Wahlabteilungen 1 und 2 dürfen höchstens zwei, in den Wahlabteilungen 3 bis 11 höchstens einen Namen enthalten. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig.

Als Kandidaten sind aufgestellt:

1. Berlin. Artur Ewert, Eugen Gottschalk, Willi Dgrsdowski, Otto Piattowski, Ernst Schulze.

2. Offenbach. Th. Antermann, Hans Brehl, Heinrich Galm, Fritz Hornstein, Georg Berthold.

3. Altenburg, Baugen, Dresden, Freiberg, Geringswalde, Görlitz, Haynau, Hegnitz, Niederschlema, Neschy, Oberneufich, Dschay, Penig, Rabenau, Rochlitz, Striegau, Waldheim und Zittau. Max Böhner, Baugen, Hermann Müller, Dresden. Willi Neumann, Görlitz.

4. Borna, Chemnitz, Crimmitschau, Cera, (Meuß), Glauchau, Halle a. S., Leipzig, Lengsfeld, Meerane, Pegau, Plauen, Reichenbach, Werdau, Wurzen, Zeitz und Zwickau. August Braun, Chemnitz. Hermann Keller, Zeitz. Otto Steiner, Leipzig.

5. Allendorf, Apolda, Arnstadt, Aschersleben, Bernburg, Bielefeld, Bitterfeld, Braunschweig, Celle, Cöthen, Dessau, Detmold, Dortmund, Eisenach, Eisleben, Erfurt, Friedrichroda, Cera (Gotha), Gotha, Göttingen, Gagen, Hatberstadt, Helmstedt, Hildesheim, Hof, Jena, Kassel, Koburg, Langensalza, Uppstadt, Minden, Mühlhausen, Münster, Naumburg, Nordhausen, Ohrdruf, Oschersleben, Osnabrück, Paderborn, Pößneck,

Duedlinburg, Salzweel, Weimar, Weiskensels, Wernigerode und Herbst. Karl Bonn, Kassel, Georg Dieze, Salzweel, Karl Duertopp, Koburg, Leo Helm, Mühlhausen, Gustav Paul, Braunschweig, Rudolf Wilhelm, Erfurt, Wilhelm Betweih, Gagen, Karl Müller, Gotha.

6. Ansbach, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, München, Nürnberg, Regensburg, Rothenburg und Straubing. Jos. Köll, München, Konrad Weber, Göggingen, August Schramm, Nürnberg.

7. Baden-Baden, Darmstadt, Freiburg im Breisgau, Gaggenau, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Kuppenheim, Lahr, Lörrach, Mannheim, Pforzheim, Neutlingen, Müffelheim, Stuttgart und Ulm. Adolf Blicke, Mannheim. Max Schmitt, Stuttgart, J. Wepler, Freiburg.

8. Nischaffenburg, Bocholt, Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld Essen, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Gießen, Gummersbach, Hanau, Hünfing, Köppern, Limburg, Lidscheid, Marburg, Mühlheim, Oberhausen, Nemscheid, Schweinfurt, Siegen, Waldbrül, Wesel, Weplar, Witten und Würzburg. Paul Gehring, Düsseldorf, Jos. Schwerger, Frankfurt am Main, Ernst Mosz, Gießen, Joh. Francke, Duisburg.

9. Bremen, Elmshorn, Flensburg, Güstrow, Hamburg, Hameln, Hannover, Harburg, Jzchoe, Kiel, Krafow, Lübeck, Lüneburg, Neumünster, Oldenburg, Parchim, Rendsburg, Rostock, Schwerin, Uetersen, Varel, Wilhelmshaven und Wismar. Heinrich Brauer, Bremen, Emil Meyn, Hamburg, Hans Weimar, Rostock, Karl Windhaus, Hameln, Wilhelm Köllner, Flensburg, Paul Spindler, Hannover.

10. Allenstein, Anklam, Beelitz, Benthien, Brandenburg, Breslau, Brieg, Bunzlau, Cottbus, Danzig, Elbing, Finsterwalde, Frankfurt a. d. Oder, Friedland, Firitenwalde, Gleiwitz, Glogau, Greifswald, Grünberg, Guben, Jniterburg, Kolberg, Königsberg (N.-M.), Königsberg i. Pr., Köslin, Küstrin, Landsberg a. W., Ludenwalde, Magdeburg, Müllrose, Neubrandenburg, Neuruppin, Dels, Potsdam, Prentlau, Rathenow, Ratibor, Schneidemühl, Spandau, Stargard, Stendal, Stettin, Stolp, Stralsund, Tilsit, Zehdenick und Zossen. Paul Beye, Breslau, Josef Görlitz, Grünberg, Richard Gruhle, Brandenburg, Hermann Günther, Landsberg, Wilhelm Krause, Stettin, Wilhelm Lehmann, Küstrin, Max Roschate, Küstrin, Dstar Kühn, Magdeburg, Paul Rein, Cottbus, Max Pletner, Danzig, Walter Streier, Spandau.

11. Aachen, Bonn, Coblenz, Crefeld, Dülken-Diersen, Düren, Eidentoben, Frankenthal, Kaiserslautern, Köln, Mainz, München-Gladbach, Saarbrücken, Solingen, Trier, Wiesbaden und Worms, Rudolf Unger, Köln.

Der Vorstand.

Erklärung der deutschen Gewerkschaften.

Die im Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes versammelten Gewerkschaftsvorstände haben am 4. November folgende Kundgebung einstimmig angenommen:

„Von Tag zu Tag mehrten sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewalttätigen Besetzung unseres rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch französische Streitkräfte naberrückt. Truppenzusammenschüßungen, Anlagen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Kundgebungen der französischen Presse und aiechgerichtete, an Landesverrat grenzende Bestrebungen süddeutscher Kreise lassen keinen anderen Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrkohlenreviers zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebenshaßen abzuschneiden.“

Die Folgen einer solchen Vergewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für unsere Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerrissen, sondern ein 60-Millionen-Volk zugleich dem Hunger und der Verzweiflung überliefert und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das trassieste Gland nicht von der rücksichtslosen, den Weltfrieden aufs neue bedrohenden Verfolgung ihrer Ziele abschreckt. Aber der einsichtiger und weitblickende Teil der Menschheit, und besonders die gesamte Arbeiterschaft aller Länder, sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.“

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwahrung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalthaber auf das eindringlichste vor der Ausföhrung solcher Pläne.

Der Bundesausschuß ersucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftskonreß in London, eine Kundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.“

Welchen Wert haben die Arbeitsgemeinschaften?

Am 27. Oktober sprach in Nürnberg der Kollege Weikers vom Verband der Schuhmacher über: „Arbeitsgemeinschaften.“ Er führte an, was für und wider dieselben spricht, jedenfalls wollte er auch den Gegnern gerecht werden. Dadurch ist aber keine Richtung zufriedengestellt worden, hier kann es nur heißen, die Arbeitsgemeinschaft ist notwendig oder sie ist zu verwerfen.

Als Korreferent sprach sich Kollege Kleine um so deutlicher aus, zwar nicht über Arbeitsgemeinschaften, sondern über unsere Berliner Arbeiterführer. Es ist wohl seiner gewerkschaftlichen Intelligenz zuzuschreiben, daß er haltlose Angriffe gegen verdiente Führer richtete, die nicht anwesend sind und sich nicht verteidigen können. Kann man solche Gewerkschaftler ernst nehmen, deren revolutionäre Taten darin bestehen, daß sie dem Arbeitgeber einen Revers unterschreiben, in dem sie erklären, keine Lohnforderungen mehr stellen zu wollen, außer den von der Organisation geforderten? — R. hat sich dem Arbeit-

geber gegenüber so verhalten, daß er als Betriebsratsmitglied von den übrigen Mitgliedern des Betriebsrats der Firma ausgeschlossen wurde. Dabei ist R. cifriger Verfechter des Anschlusses an Moskau. Weiter ist Kleine bereit, die dreijährige Lehrzeit auf 3/4 Jahre zu verlängern. Und das macht sich an, in der Gewerkschaftsbewegung grau gewordene bewährte Führer als Arbeitervertreter zu bezeichnen. Gewiß hätte vieles besser gemacht werden können, waren es aber nicht gerade Leute à la Kleine, die alles gebremst haben und die Regierung an Arbeiten hinderten. — Als Agitator für gewerkschaftliche Kleinarbeit hat sich R. selbst für unfähig erklärt, da sollte er seine Weisheit auch lieber dort verpacken, wo er als Repräsentant am Platze ist. Auch unsere Nürnberger Kollegen sollten ein mannbareres Verhalten an den Tag legen, wenn solche Probleme verhandelt werden. Wir müssen Gewerkschaftler und Kämpfer sein, denn nur gemeinsam können wir uns vom Joch des Kapitals befreien.

Joh. Scharff, Nürnberg.

Die Lungenkranken.

Ein Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten hat sich gebildet. Eine Kampforganisation der Lungenkranken. In der „Freiheit“ vom 8. November bepricht Dr. Moses den Stand der Lungenkrankheiten in dieser Zeit. Er spricht von einem grauenerregenden Massensterben des Proletariats. „Epidemien sind Warnungstafeln, an denen der Staatsmann großen Stills lesen kann, daß in dem Entwicklungsstadium seines Volkes eine Störung eingetreten ist, die selbst eine sorglose Politik nicht länger übersehen darf.“ Diesen Satz hat Birchow vor 70 Jahren geschrieben, er trifft heute mehr denn je zu.

Der Verband der Lungen- und Tuberkulosekranken hat die Forderung aufgestellt: Bergesellschaftung aller der Bekämpfung dienenden Organisationen, Heilstätten, Fürsorgestellen und Krankenhäuser. Die Zentralisation aller Fürsorge- und Bekämpfungsbestrebungen in einem Reichsgesundheitsministerium, die Bekämpfung der Tuberkulose durch reichsgesetzliche Maßnahmen, die aber nicht zu polizeilichen Beschränkungen der persönlichen Freiheit führen dürfen. Weiterer Ausbau der Heilstätten bzw. deren Vermehrung, die eine längere Behandlungsdauer, eine längere Wartezeit und eine individuelleren Behandlung des einzelnen ermdglichen usw.

Der Verband verlangt auch, daß man dem Uebel bei der Wurzel auf den Leib rückt, nämlich bei der Wohnungs- und Ernährungsfrage.

Während des Krieges, als die Kriegsdehner noch auf den Sieg hofften, war das Bevölkerungsproblem lange Zeit Gegenstand banaler Sorge. Heute sterben Tausende einen langsamen, aber sicheren Hungertod, andere Tausende erliegen der tödlichen Seuche.

Im Waldenburger Bergrevier haben die Betriebsräte beschlossene den Belegschaften vorgeschlagen, eine Jahr lang je Mann eine Stunde im Monat Wohlfahrtsüberzicht zu machen. Man rechnet 8 Millionen Mark zu ersparen, die einen Grundstock für Gründung von Waldheilstätten abgeben können.

Das Reich hat einen Betrag von 2300 000 M. zur Bekämpfung der Tuberkulose ausgeteilt. Das ist natürlich völlig unzureichend, um den Schaden zu verhüten, der wahrscheinlich erst nach Jahren voll ersichtlich sein wird.

Wohin man auch seine Blicke richtet, überall stoßen sie hart auf Verelendungserscheinungen. Die Volksmassen verelenden, und große Teile müssen langsam, aber sicher zugrunde gehen. Das wird mehr instinktiv als verstandesgemäß empfunden. Auf der anderen Seite proben und schwelgen eine Anzahl von Emporkömmlingen, die durch kalfchnäuzige Schiebungen und sonstige Machenschaften ein Vermögen zusammengerafft haben. Da ist es verständlich, wenn die Empörung darüber immer wieder neue Nahrung findet.

Zur Kartoffelverforgung.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschafts-Kartoffelbaugesellschaft, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Zentralgenossenschaft des Kartoffelgroßhandels, der Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften und der Verband deutscher Kartoffelinteressenten e. V. haben an die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer folgendes Rundschreiben verschicken lassen:

„Berlin, den 12. Oktober 1920.

P. P.

Nach der am 28. September in der Reichs-Kartoffelstelle zwischen den Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und den Verbrauchern getroffenen Vereinbarung über die Behebung der im Kartoffelverkehr erschwerten Schwierigkeiten war vorgesehen, daß in den einzelnen Landeskreisen und Provinzen

sofort Verabredungen über die Kartoffelverforgung der betreffenden Gebiete getroffen würden. Hierbei sollte allgemein ein Preis von nicht mehr als 25 Mark für den Kartoffelantwurf zugrunde gelegt werden. In der Mehrzahl der Länder und Provinzen haben diese Verabredungen stattgefunden. Trotzdem dürfte der zu erwartende praktische Erfolg insbesondere für die Hauptabnahmegebiete in dem erfordrlichen Umfange zunächst nicht eintreten, weil in den Ueberflussegebieten immer noch, zum Teil sogar in vermehrtem Umfange, zahlreiche Verkäufer (von Kommunen, Industrieverbänden usw.) tätig sind, die den Landwirten erheblich höhere Preise bieten. Bei dieser Sachlage bedarf es einer Erklärung, daß es der führenden Landwirtschaft sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird, ihrer Zusage vom 28. September die notwendige Auswirkung zu verschaffen.

Die unterzeichneten Verbände wenden sich daher mit der dringlichsten Bitte an die großen Verbände der Verbraucher, sie in der Durchführung der getroffenen Vereinbarungen auf das intensivste dadurch zu unterstützen, daß sie alles tun, um die den vereinbarten Preis übersteigenden Angebote zu verhindern. Geschieht dies und wird außerdem der den Vereinbarungen vom 28. September entgegenstehende Sturmlauf gegen die auf Grund der Vereinbarung vom 21. Mai abgeschlossenen Lieferungsverträge aufgebrochen, so besteht die Hoffnung, daß es doch noch gelingen wird, den Kartoffelmarkt in geordnete Bahnen zu lenken, ein Ziel, an dem die unterzeichneten Verbände dauernd arbeiten. Der Mißerfolg wird aber ein Erfolg nur beschieden sein, wenn dem vorstehend ausgesprochenen Wunsch tatsächlich Rechnung getragen wird.

Wir bitten, die dorthis angeführten Verbände und Organisationen möglichst beschleunigt über die Sachlage aufzuklären und sie zu ersuchen, ihre Aufträge sofort einzustellen und nichts zu unternehmen, was geeignet ist, den Kartoffelmarkt weiter zu beunruhigen.“

„Selbst wenn drei Viertel der russischen Bevölkerung an Hunger und Kälte sterben sollten . . .“

Durch die Zeitungen geht folgende Nachricht:

Die Moskauer Zeitungen enthalten offiziell die Mitteilung, daß man großen Vorbereitungen zu gegenrevolutionären Aktionen gegen die Sowjetregierung auf die Spur gekommen ist. Es heißt in der Mitteilung, die Regierung sei entschlossen, mit allen Mitteln das Sowjetssystem zu verteidigen. Die Massenverhaftungen in der Stadt wurden fortgesetzt. Sämtliche Mitglieder des General- und Marinestabes wurden verhaftet. Gleichzeitig sind in Orenburg 3000 garische Offiziere interniert worden. Da mehrere in Smolensk liegende Regimenter zu meutern begannen, wurden alle aus Smolensk in Moskau eingetroffenen roten Truppen entwaffnet. Trotski erklärte nach der „Pravda“ in einer Versammlung in Petersburg: „Mir ist bewußt, daß eine Hungersnot bevorsteht. Ich bin ebenfalls vertraut mit den Gefahren, die die Winterfälle mit sich bringt. Die Bourgeoisie der ganzen Welt bereitet sich auf den Sieg vor, wir wollen ihr aber beweisen, daß sie sich irrt. Wir müssen siegen und unsere Feinde vernichten. Selbst wenn drei Viertel der russischen Bevölkerung an Hunger und Kälte sterben sollten, werden die übrigen weiterleben zur Verherrlichung des Sieges der Weltrevolution.“

In diesem Zusammenhange betrachtet gewinnt das Auftreten der russischen Vertreter Lofowski und Einowjew in Deutschland gerade nicht. Es kommt hinzu, daß neuerdings nach diesen rednerischen Leistungen die schriftliche Propaganda von Einowjew, Lenin, Kadet in einer Weise betrieben wird, die tatsächlich den Eindruck erweckt, als länge Sein oder Nichtsein für sie davon ab, daß Deutschland mit in den russischen Strudel hineingerissen wird. Je mehr wir Tatsächliches über Russland erfahren, desto größer wird die Ueberzeugung, daß uns die Russen als Vorbild nicht dienen können.

Selbst ist der Mann, wir müssen unserer eigenen Kraft vertrauen.

Die deutsche Gewerkschaftspresse wendet sich übrigens einmütig gegen die dumm-kloigen Beschimpfungen der deutschen Gewerkschaften durch die russischen Propagandisten. Es hieße die Intelligenz und Urteilskraft unserer Gewerkschaftsmitglieder entsehrlich tief bewerten, wollte man ihnen erst noch lange auseinandersetzen, warum die Ueberreibungen eines Lofowski gemacht wurden. Man meint, den deutschen Arbeiter ebenso behandeln zu können wie den russischen, der in seiner großen Mehrheit unwissend ist. Deshalb die dummdreiste Anpöbelung der deutschen Arbeiterschaft, die man auf solche Manier sicher nicht gewinnt, sondern erst recht von russischen Methoden abwendet.

Wenn ich die Kollegen in einer Werkstatt oder Fabrik für den Verband gewinnen will, dann darf ich sie nicht vorher beschimpfen und mit Rot besetzen, sondern ich muß ihnen nachweisen, warum ihr Anstich an den Verband in ihrem ureigensten Interesse geboten ist.

Gerade die Aufklärung über russische Verhältnisse sind uns Lofowski und Genossen schuldig geblieben, statt dessen haben sie uns mit Beschimpfungen regaliert.

Vorläufiger Steuerbescheid und Lohnabzug.

In den Kreisen der Lohnempfänger hat die Verkündung der vorläufigen Steuerbescheide vielfach Beunruhigung hervorgerufen. Man ist der Meinung, daß der in dem Steuerbescheid angegebene Betrag in bar neben den Lohnabzügen zu entrichten, daß also doppelte Steuer zu zahlen ist. Diese Auffassung trifft nicht zu, es werden vielmehr auf den im vorläufigen Steuerbescheid enthaltenen Betrag die bereits entrichteten Lohnabzüge, die meistens höher sind, wie Vargeld angerechnet, so daß im Regelfall auf den Steuerbescheid keine weitere Zahlung mehr zu leisten ist. Der Empfänger des vorläufigen Steuerbescheides braucht diesen nur zusammen mit seiner Steuerkarte dem zuständigen Finanzamt vorzulegen. In dem Fall wo der Steuerabzug nicht in Marken, sondern durch Ueberweisung an die Finanzkasse erfolgt ist (Listensystem), wird in der gleichen Weise verfahren. Da hier jedoch die Möglichkeit besteht, daß die Ueberweisungen noch nicht überall verbucht sind, wird der Arbeitnehmer gut tun, sich von seinem Arbeitgeber eine Bescheinigung geben zu lassen, die außer dem überwiesenen Betrag auch angibt, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt ist und für welche Zeit er einbehalten ist. Diese Bescheinigung hat die Steuerbehörde vorbehaltlich des Eingangs der Zahlung anzunehmen.

Aushändigung der Steuerkarte bei fehlen von Steuermarken.

Die zeitweilig ungenügende Belieferung der Postanstalten mit Steuermarken hat zur Folge gehabt, daß einzelne Arbeitgeber nicht rechtzeitig die erforderlichen Steuermarken in die Steuerkarte einbleiben konnten. Hierdurch haben sich Unzuträglichkeiten bei Wechsel der Arbeitsstelle ergeben, da der Arbeitgeber den austretenden Arbeitnehmern nicht immer die Steuerkarte mit den ordnungsmäßig entwerteten Steuermarken übergeben konnte. Um diese Mißstände zu beseitigen, hat der Reichsfinanzminister angeordnet, daß der Arbeitgeber in solchen Fällen den Betrag, für den die Steuermarken nicht beschafft werden konnten, in bar an die Finanzkasse entrichten kann. Dem Arbeitnehmer ist auf Verlangen eine Bescheinigung auszuhandigen, die außer dem Betrag angeben soll, wann und an welche Kasse der Betrag gezahlt ist und für welche Zeit er in Abzug gebracht worden ist.

Nachrichten für Auswanderer.

Staat Rio Grande do Sul in Brasilien hat neuerdings wieder zu erkennen gegeben, daß die Einwanderung unerwünscht ist. Land für Anstiedler ist nicht vorhanden. Ein Trupp deutscher Einwanderer, der kürzlich dort angelangt ist, hat deshalb trübe Erfahrungen machen müssen. Dasselbe gilt in anderer Hinsicht für Auswanderer nach dem Staate Mato Grosso. Das Klima ist dort für Europäer so unzuträglich, daß diese dem größten Elend entgegengehen, wenn sie sich dorthin wenden. Da das Land fernab von jedem Kulturzentrum liegt, ist eine Umkehr zum Glück unmöglich und mithin der Untergang der dorthin Auswandernden bestgeeignet.

Nicht ganz ungünstige Ausichten bieten sich Gaudwörtern und Landwirten im Staate Parana. Dasselbe gilt für das Munizip Joinville im Staate Santa Catharina, jedoch werden einwandernde Arbeiter, die auch nur den geringsten Verdacht erregen, „Aufseher“ zu sein, von der Polizei sofort über die Grenze abgeschoben. Die Löhne sind gegenüber den jetzigen hohen Kosten der Lebenshaltung unzureichend.

Sao Paulo hat Bedarf an Landarbeitern und bietet auch einige Vergünstigungen hinsichtlich der Einwanderung. Auch in Parahyba und im Munizip Alagoas steht Land für Anstiedler zur Verfügung. Dasselbe ist in Bernambuco der Fall. Der Staat Bahia will ein ziemlich großes Siedlungsgebiet deutschen Anstiedlern zur Verfügung stellen. Es ist jedoch fraglich, ob außer den Staaten Sao Paulo und Parana die nördlicher gelegenen Gebiete für deutsche Anstiedler — aus klimatischen Gründen — wirklich in Betracht kommen.

Der brasilianische Bundeskongreß hat ein Gesetz angenommen, wonach Eingewanderte innerhalb

fünf Jahren nach ihrer Ankunft ausgewiesen werden können, u. a. auch wenn sie „durch ihr Verhalten im Lande die soziale Ordnung gefährden“.

Mit der Zunahme der Einwanderung hat auch in Brasilien sofort eine umfangreiche Land speculation eingeleitet, die naturgemäß den Grund und Boden verteuert.

Aus Chile, Paraguay und Argentinien laufen übereinstimmende Nachrichten ein, wonach in diesen für deutsche Auswanderer vorzugsweise in Betracht kommenden Staaten in letzter Zeit eine große Teuerung eingeleitet hat. Ganz besonders ist davon der letztgenannte Staat betroffen. Der Brotpreis beträgt z. B. zurzeit 60—65 Centavos für das Hilo, d. i. das deutsche Maß — und mit dieser muß der deutsche Einwanderer zu rechnen! — 15 bis 16 Mark! Zucker kostet 10 bis 12 M., — d. h. das ist der von der Regierung festgesetzte Preis, in Wirklichkeit muß für das Hilo Zucker 100 (hundert!) Mark gezahlt werden! Minderwertiges Fleisch — in einem Lande mit Millionenrinderherden — kostet 25 M. Es entwickeln sich dort drüben zurzeit ungefähr dieselben Verhältnisse, die wir in Deutschland zur Gemüte kommen.

Korrespondenzen.

Vielefeld. (11. 11.) Versammlung vom 5. November. Die Abrechnung ergab Einnahme der Hauptkasse 12 471,05 M. Nach Berlin gefandt 7900 M. Die Lokalkasse hat ein Vermögen von 12 211,26 M. Mitglieder: 411 männliche und 55 weibliche. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Dann hielt Herr Lehrer Dohl einen Vortrag über: „Wissen als Grundlage des Erfolges der Arbeiterschaft.“ Unser Ziel muß sein Erringung der politischen Macht. Haben wir sie erlangen, müssen wir fähig sein, das Schiff zu lenken. Der Drang nach Wissen in der Arbeiterschaft muß wecket und befriedigt werden, immer die sozialistischen Ideale vor Augen. Solange die früheren Machhaber das Wissen allein besaßen, brauchten sie vor der Arbeiterklasse keine Angst zu haben. Was wir in der Volksschule gelernt haben, reicht nicht aus, es genügt nur notdürftig für die Verwendung im Produktionsprozeß. Die Arbeiter müssen mehr Selbststudium treiben, die Fachzeitschriften und darüber nachdenken. Unser ganzes Schul- und Erziehungswesen muß umgestaltet werden.

Zu den Verbandsbeiratswahlen wird Kollege Priebis aufgestellt. Wir wählen wieder in drei Lokalen.

Der Versammlungsbesuch war diesmal besser als sonst, doch bleibt immer noch viel zu wünschen. Die Kollegen sollten doch einsehen, daß der Verband am Ort nur dann etwas leisten kann, wenn alle Kollegen Interesse zeigen. In Herford erleben wir, daß trotz unserer Agitationsstouren die Kollegen samt Vertrauensmann dem Verband den Rücken kehren. Diese Kollegen werden schon noch erfahren, daß ohne Verband auch keine Lohnerhöhungen zu erzielen sind. In Vielefeld haben wir erst kürzlich pro Stunde eine Zulage von 20—40 Pf. erreicht. In Herford merken die Unternehmer unheimliche Mengen von Matratzen ins Bergische Land. Die Situation ist also günstig, um die wirtschaftliche Lage in Herford für die Kollegen zu bessern, sie keineswegs glänzend ist. Werden sie das beargen?

Und die Vielefelder Kollegen müssen auch noch lernen, jeder in der Werkstatt seinen Mann zu stehen. Erst wenn das nicht fruchtet, ruft man die Instanzen an. Dann erst werden wir fruchtbar Arbeit leisten, vorwärts kommen und alle Persönlichkeitsversuche werden an unserer Geschlossenheit scheitern.

Paul Heinke.

Bremen. (13. 11.) Versammlung vom 21. Oktober und 4. November. Strengrabe gibt die Abrechnung vom 3. Quartal. Es waren 271 männliche, 19 weibliche Mitglieder am Ort. Der Lehrlingsabteilung gehören 21 Lehrlinge an. Der Lokalkasse wurden 629 M. überwiesen. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Der Tarif für das hiesige Tapezierergewerbe ist am 31. Oktober abgelassen. Wir stellen folgende Forderungen: Gruppe I von 8,50 M. auf 3,50 M., Gruppe II von 3,75 M. auf 4 M., Gruppe III von 4,25 M. bis 4,50 M., Gruppe IV von 4,75 M. bis 5 M. Auf alle bestehenden Löhne einen Aufschlag von 0,50 M. pro Stunde. Näherinnen: Anfängerinnen von 2,55 M. auf 3 M., perfekte von 2,85 M. auf 3,50 M. Hilfsarbeiterinnen unter 18 Jahren 3 M., über 18 Jahre 3,50 M. Als Werkzeuenschädigung werden 3 M. pro Woche gefordert. Die Forderung lehnte sämtliche Forderungen ab. Der Vorstand rief den Schlichtungsausschuß an. Als Kandidat für den Verbandsbeirat ist Kollege Braver aufgestellt. Kollege Götte hielt einen Vortrag über Berufsberatung und Beschäftigungsbemittlung. Redner führt die Berufe der Maschinenbauer, Schlosser und Elektriker an. Dieselben sind mit circa 80 Proz. besetzt. Die Eltern tun gut, ihre Kinder andere Berufe wählen zu lassen. In verschiedenen Berufen herrscht die Lehrlings-

zuchterei; 18 Lehrlinge in einer Werkstatt wären entschieden zuviel. Strobel führt aus, daß in unserem Berufe die Lehrlingszuchterei besonders in den kleinen Städten vorherrscht. Die Großstädte würden dann überlaufen. Es muß durchgeführt werden, daß die Lehrlingshaltung eingeschränkt wird. Es muß verlangt werden, daß Lehrlinge, die nichts gelernt hätten, auf Kosten des Lehrherrn in einem anderen Betriebe ein Jahr nachlernen. Hauptbedrückt, daß die Klage wegen Lohnnachzahlung zugunsten des Kollegen heuten ausgefallen ist. Herr Seattermeister Schwarz hat der Vorladung der Arbeitsgemeinschaft keine Folge geleistet. Anwesend, trotz schriftlicher Einladung, nur 60 Kollegen, 1 Kollegin, 15 Lehrlinge. Franz Osterburg.

Franfurt a. M. (12. 11.) Versammlung vom 1. November. Betreffs Aufstellung eines Delegierten zum Verbandsbeirat gab Kollege Büchner entsprechende Auffklärung. Redner ist der Meinung, daß durch den Beirat etwas mehr Demokratie in die Verwaltung hineingebracht werden soll, da jedoch die Mehrzahl des Beirats aus Angestellten besteht, würden die Kollegen, die in den Beirat gewählt werden, mit ihren Ansichten doch im Hintertreffen sein. Er hält den Apparat für etwas schwerfällig, auch vom finanziellen Standpunkt ziemlich kostbar für die Verbandskasse. Als Kandidat für den Verbandsbeirat wurde vom Vorstand Kollege Schwesiger vorgeschlagen. Kollege Rothburger meint dazu, daß es

Stannst du es zwingen, daß die Knospen springen, eh die Sonne sie hat reif gemacht? Wenn das Eis nicht kracht, nicht die Sonne lacht, der Mai die Knospe reißt, wird es nicht gelingen! Das kannst du zwingen: Alles Eis in dir reißlos abzustreifen, daß in aller Stille auch die Knospen reifen und dich selbst zum Frühling durchzuringen! Was hinter uns liegt ist dann glatt besiegt, daß es nicht mehr schreut und uns unterkriegt. Das laßt uns zwingen!

besser gewesen wäre, wenn die Vorschläge aus der Versammlung heraus gemacht würden. Da jedoch keine weiteren Vorschläge gemacht wurden, wurde abgestimmt und Schwesiger als Kandidat aufgestellt. Die Wahl wird in verschiedenen Bezirken stattfinden, damit recht viele Kollegen teilnehmen. Wölther, unser Geschäftsführer, führt dann aus: Die schwere Krise im letzten Vierteljahr sei, wenn die Anzeichen nicht täuschen, soweit überstanden. In allen Branchen, die im Verbands vereinigt sind, wurden zum Teil ganz gute Lohnerhöhungen erzielt, mit Ausnahme der Meißenteilebranche, wo infolge schlechter Geschäftsverhältnisse eine Lohnerhöhung nicht möglich war. Abrechnung der Hauptkasse: Reine Einnahmen 30 032,50 M., reine Ausgaben 21 175,76 M., an die Hauptkasse abgeführt 7000 M., Ueberschuß 1856,76 M. — Abrechnung der Lokalkasse: Reine Einnahmen 10 807,78 M., reine Ausgaben 10 881,55 M., Mehrausgabe 573,77 M., Lokalkassenbestand 7068,63 M. — Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 904 männliche, 261 weibliche, weniger 50 männliche, 113 weibliche. Zusammen 1165 gegen 1337 im 3. Quartal. Die Mehrausgabe der Lokalkasse entstand durch die große Arbeitslosigkeit und den Beschluß, den arbeitslosen Kollegen die Verbandsbeitragsmarken aus der Lokalkasse zu bezahlen. Er ist der Ansicht, daß man auch weiterhin an diesem Beschluß festhalten kann. Der Rückgang der Mitgliederzahl ist durch die Krise verschuldet, da viele Kollegen und Kolleginnen der Not der Zeit gehorchend zu anderen Berufen übergetreten sind.

Der Geschäftsbericht wurde auf Antrag Rothburger wegen der herrschenden Kälte im Lokal zur nächsten Versammlung verschoben. Die Kasse ist in Ordnung befunden. Dem Kollegen Wölther wurde einstimmig Entlastung erteilt. Garich spricht über die Ueberstunden, die trotz der großen Arbeitslosigkeit gemacht werden. Der Demobilisationskommissar habe die Erlaubnis zur Ueberarbeit in manchen Fällen zum Schaden der arbeitslosen Kollegen und der Steuerzahler erteilt. Wölther erklärt, daß er dieshalb beim Arbeitsamt vorstellig wurde. Das Arbeitsamt ist mit der betreffenden Firma, wo am meisten Ueberstunden gemacht wurden, in Verhandlungen eingetreten. Diese hatten das Resultat, daß bei der Firma Leute eingestellt und neu ange-

lernt wurden. Die Firma verpflichtet sich, den neu anzulernenden Kollegen in den ersten 14 Tagen den ihnen zukommenden Tariflohn voll zu bezahlen und zahlt in den nächsten 8 Wochen die Stadt die Differenz zwischen tatsächlichem Verdienst und Tarif aus. Wegen Kälte wurde die Versammlung, ohne sämtliche Punkte der Tagesordnung ganz zu erledigen, geschlossen. Ludwig Bauer.

Stettin. (13. 11.) Versammlung vom 28. Oktober. Die Versammlung ehrt zunächst das Hinscheiden des Kollegen Franz Batsch infolge eines Herzschlages am 5. Oktober 1920. Nach dem Kasienbericht wird beschloffen, die Gelder der Lokalkasse in der Kreisparasse anzulegen. Amplenitz aus Breslau schreibt uns, wir sollen den Kollegen Dege-Breslau in den Verbandsbeirat wählen. Dege wurde als Kandidat aufgestellt. Blaszgof berichtete über die Delegationsstellen, welche am 20. Oktober hier errichtet wurde. Unsere Versammlungen sollen künftig jeden Sonntag vor dem 1. jeden Monats stattfinden. Blaszgof ermahnte die Kollegen, da die Zeiten immer härter werden, nach Kräften an dem Wohle des Verbandes mitzuwirken.

Summersbach. (8. 11.) Versammlung vom 1. November. Martel erstatet die Abrechnung vom 3. Vierteljahr. Die Lokalkasse wurde durch Delegationskosten stark in Anspruch genommen. Es wurde beschloffen, einen Antrag auf Zuschuß an die Hauptverwaltung zu richten. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Wohl gab Bericht über die Sitzung der Schlichtungskommission für die Treibriemenbranche in Mülheim a. d. Ruhr. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig, weil auf beiden Seiten Unklarheit herrschte. Aus diesem Grunde lehnte der Vorsitzende einen Spruch ab und empfahl Einigung auf gutlichem Wege. Nach langem Ersträuben einigten sich beide Parteien auf dem Mittelwege. Besonders hartnäckig war Herr Adolf Bodemühl-Bergneustadt, der bis zum letzten Augenblick gegen den Vermittlungsvorschlag antämpfte, so daß es zu einer scharfen Auseinandersetzung kam. Es zeigte sich, daß diese Firma das Abkommen umgangen hat, indem sie den verheirateten Kollegen 20 Pf. pro Stunde zu wenig auszahlte. Es wird noch manchen harten Kampf kosten, ehe diese Herren einsehen, daß der Arbeiter heute nicht mehr der Lohnsklave von früher ist. Leider lassen es die Kollegen im richtigen Augenblick in der Regel am entschlossenen Widerstand fehlen. Durch einen dreitägigen Streik bei der Firma Brüning u. Söhne waren unsere Kollegen auf Grund des Reichstarifs gezwungen, weiterzuarbeiten. Es wurde mit Recht als ein unhaltbarer Zustand bezeichnet, daß in einem Kleinbetrieb zwei verschiedene Organisationen mit verschiedenen Tarifen bestehen. Durch Verweigerung von Streikarbeit unsererseits konnte der Streik für die Lederarbeiter in dem erwähnten Zeitraum siegreich durchgeführt werden. Verschiedene Kollegen brachten ihre Unzufriedenheit mit dem Reichstarif zum Ausdruck und drohten mit Austritt aus der Organisation. Der Vorsitzende warnte davor und gab der Erwartung Ausdruck, daß anbauende Opposition gegen die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft zum Ziel führen werde. Wie sehr die Unternehmer dieselbe schätzen, weiß jeder, der derartigen Verhandlungen beigewohnt hat. Daß dies zur Stärkung des Klassenbewußtseins auf Seiten der Arbeiter beiträgt, wird niemand behaupten können. A. Kohl.

Heilbronn. (10. 11.) Eine am Samstag stattgefundene Werkstattssitzung der Firma Karosserie-fabrik Drauz u. Co. befahte sich mit den Zuständen in obiger Firma. Ein Kollege, welcher 8 Jahre bei der Firma beschäftigt war, wurde durch Herrn Drauz zum Aufhören gezwungen. Die Verhältnisse haben sich anscheinend so zugespielt, weil der Meister Beltsche durch den Kollegen die Gefährdung seiner Stellung befürchtet, was er öfters zum Ausdruck brachte. Eine kleine Ursache mußte herhalten, um die große Wirkung zu erzielen. Das Gewerbegericht belehrte Herrn Drauz, daß für eine Arbeit, wofür 18 M. bezahlt werden, keine Strafe von annähernd 500 M. zulässig ist. Das vorzeitige Aufhören des Kollegen hatte für die Firma den Vorteil, daß sie den verfallenen Urlaub von 8 Tagen nicht zu zahlen braucht. Eine Warnung für alle! In der Verhandlung zeigte sich, daß der Meister lieber neue Leute im Betrieb haben will. Herr Drauz sagte, daß er von jungen zugereiften Gehilfen für weniger Lohn dieselbe Arbeit geleistet bekommt wie von alten eingearbeiteten Leuten, die zu viel verdienen. Herr Drauz und sein Meister werden sich darin wohl irren. Es wäre leicht, die Missethäter zu bestrafen, z. B. durch rechtzeitiges Ausstellen der Akkordarten, wodurch die Kollegen nicht an geregelter Arbeit verhindert würden. Ferner wenn die erregten Ausbrüche des Meisters mit den Vorwürfen an die Kollegen unterbleiben. Es fällt den Kollegen nicht ein, ihn aus seiner Stellung zu verdrängen. Die Verhältnisse sind hier so, daß wir allen Kollegen raten, vor Arbeits-annahme sich zuerst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen, um Enttäuschungen vorzubeugen. Der Beiler der Wagenbranche: Billy Merzwa.

Mannheim. (11. 11.) Branchenversammlung der Tapezierer vom 8. November. Woffberger gab den Bericht von der Sitzung mit den Arbeitgebern, wobei folgende Lohnsätze ab 1. November vereinbart wurden: Ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 3.10 Mark, von 18—20 Jahren 4 Mk., von 20—25 Jahren 4.80 Mk., über 25 Jahre 5.50 Mk., selbständige Arbeiter 6 Mk., Näherinnen 2.80 Mk., selbständige 3.50 Mark Mindestlohn pro Stunde. Nach der lebhaften Aussprache, an welcher sich Söhle, Biddle, Rauch, Hermann Ed., Seilmann und Zinnoff in teils aufklärendem, teils befürwortendem Sinne beteiligten, wurde das Lohnabkommen angenommen. Ein Ortsrat bis 1. März soll mit monatlicher Kündigung abgeschlossen werden. Zum Reichstarientswurf des Hauptvorstandes erläuterte in lehrreicher Weise Kollege Söhle die Vor- und Nachteile eines Reichs-Manteltarifs und Ortsstarifs. Nach einer regen Diskussion wurde der Hauptvorstand beauftragt, eventuell einen Reichstarif abzuschließen, welcher jede örtliche Verhandlung erübrigen muß. Die Versammlung war gut besucht.

R. Zinnoff.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tarifamtverhandlungen für den Reichstarif der Handwerksbetriebe. Wie aus unserem letzten Bericht zu ersehen war, wurden die Grundlöhne und Zuschläge zum 31. Dezember gekündigt. In Verfolg dieser Kündigung, die, wie aus vielen Zuschriften zu ersehen ist, allgemein begrüßt wird, lesen eine Reihe von Vorschlägen ein, in welcher Weise den berechtigten Wünschen Ausdruck zu geben sei. Wie immer haben wir einen gangbaren Weg daraus erwählt und der Vertragspartei den Vorschlag gemacht, die Grundlöhne in allen Klassen und für alle Altersstufen um 40 Proz. zu erhöhen unter Befassung der prozentualen Feuerungszuschläge, wie sie der Tarif vorsieht. Es darf erwartet werden, daß wir zu einer Verständigung kommen werden. Die Sitzung ist nunmehr auf den 7. Dezember festgelegt, und steht außer der Lohnfrage auch die Volontärfrage auf der Tagesordnung.

Konflikt in der Leipziger Ledermöbelindustrie! Wir berichten kürzlich über die Tagung der Ledermöbel-Fabrikanten in Leipzig. Herr Hertel, früher recht aktives Verbandsmitglied, gründet den Reichsverband der Ledermöbelhersteller und ruft Arm in Arm mit den uns allen recht bekannten Herren Heubels (Wiesbaden), Schwarz (Hannover) zum Kampf gegen die bösen Gehilfen auf. Er droht mit „Maßnahmen“, Einführung von Abkehrscheinen und dergleichen. Wir werden auf diese Gründung, ihre Hintermänner und ihre recht hoch angegebene Mitgliederzahl nächstens näher eingehen.

Derselbe „Großfabrikant“ Hertel bläst jetzt in Leipzig zum Sturm und beschwört damit leichtfertig einen Konflikt herauf. Leipzig ist seit langem Sitz einer beachtlichen Ledermöbelindustrie. Steis haben die Arbeiter Gewicht, darauf gelegt, daß solidere Arbeit statt der jetzt leider so häufigen Schundarbeit geleistet wird. Will man für unsere Möbel Absatz im Ausland gewinnen, so darf nicht so scheußlicher Dreß geliefert werden, wie es seitens einiger Firmen des neuen Schutzverbandes geschieht. Die Leipziger Kollegen lehnten daher die Einführung der laut Tarifvertrag verbotenen **Affordarbeit** ab. Die Löhne der Ledermöbelarbeiter betragen 7.50 Mk., also nicht mehr oder weniger als in der gesamten Industrie, abgesehen von einigen Quetschen. Die Sommer-

monate, als die Produktion völlig daniederlag, benutzten die Unternehmer zum ersten Vorstoß. Sie verlangen Einführung der Affordarbeit und weiter Kalkulation der Affordpreise auf der Grundlage eines Lohnes von 6 Mk. Die Geschäftsleitung veranlaßte die wenigen beschäftigten Lederarbeiter für 6 Mk. zu arbeiten, aber die Einführung des Affordes wurde abgelehnt. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses wies die Regelung der Affordfrage erneuten Verhandlungen der beiderseitigen Organisationen zu. Erfolgt ist bisher eine Einigung nicht. Nachdem die Kollstereibetriebe inzwischen besser beschäftigt sind, fordern die Leipziger Tapezierer eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, weil die Leipziger Tariflöhne tatsächlich weit hinter den Löhnen der anderen Großstädte zurückgeblieben sind. Dieses will nun Herr Hertel und sein neuer Schutzverband zu einer Gemaltötung der Affordfrage benutzen. Es wurde am 9. Oktober folgender „Maa“ in den Werkstellen angeschlagen:

„Wir geben hierdurch bekannt, daß ab heute in unserem Betriebe Affordlöhne eingeführt werden. Es wird insfolgedessen bei jedem neuen oder zum Verziehen in Arbeit genommenen Stücke ein Affordpreis mit herausgegeben. Die Geschäftsleitung ist bereit, mit dem Vertrauensmann oder Betriebsrat die Kalkulationspreise durchzuberaten.“

Schrumm! Ihr moßt keinen Afford? Also befehlen wir! Bestehender Tarifvertrag, Schiedspruch, gesetzliches Recht des Betriebsrats? Unsinn! Die Tapezierer haben den 9. November durch Arbeitsruhe geehrt. Herr Hertel „uka!“ am 10. November, „das ist Vertragsbruch“.

So vorbereitet mußte der Konflikt entstehen. Bei der Firma Rauch wird der erste, der seine Arbeit fertig hat, prompt entlassen. Die anderen Kollegen erklärten sich mit dem Entlassen solidarisch. Es ist von unserer Seite der Schlichtungsausschuss angerufen. Hoffentlich gelingt es, eine Verhandlungsbasis zu finden. Wenn nicht, so können die Herren des neuen Schutzverbandes den Kampf haben. Die Kollegen allerorts bitten wir dringend, die Augen aufzuhalten, da man versuchen wird, Erjakräfte nach Leipzig zu ziehen.

Dresden. (Autobau.) Nach viertägigem Streik wurde im Betriebe von Gläser eine Verständigung erzielt. Die Zulagen betragen 40—50 Pf. pro Stunde.

Düsseldorf. (Tapezierer.) Laut Verhandlung erfolgte ab 12. November eine Lohnerhöhung von 75 Pf. für Gehilfen bis 25 Jahre, 1 Mk. für alle älteren; für Näherinnen 50 Pf. pro Stunde. Die Tariflöhne betragen ab 12. November: Bis 19 Jahre 3.75 Mk., von 19 bis 21 Jahre 4.25 Mk., von 21 bis 25 Jahre 5 Mk., über 25 Jahre 6 Mk., selbständige Arbeiter 6.50 Mk., Klubmitarbeiter 7.50 Mk. pro Stunde. Näherinnen: 1. Jahr 2.50 Mk., 2. Jahr 3 Mk., selbständige Näherinnen 3.75 Mk.

Güßrow. (Tapezierer.) Nach Verhandlungen steigen die Löhne um 40 Pf. Die Mindestlöhne betragen damit für Ausgelernte 3.40 Mk., 20—22 Jahre 3.75 Mk., über 22 Jahre 4.40 Mk.

Werdau. Die Ausperrung in der Waggonfabrik geht jetzt in die dritte Woche, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Der Kampf geht um die Betriebsräte. Die Firma will, daß über ein Duzend der Ausgesperrten nicht wieder in den Betrieb kommt, hierunter die bisherigen Arbeitervertreter. Die Gesamtarbeiterschaft lehnt dieses Ansinnen ab. Trotz 10 Wochen Streik, trotz Not und Elend hat die letzte Versammlung mit 850 gegen 130 Stimmen die

Bedingungen abgelehnt und verbart weiter im Streik. Von uns sind 11 Sattler beteiligt, davon 3 Familienväter. Wir haben einen großen Wunsch an die Mitglieder, insbesondere in den Auto- und Waggonbetrieben, unterstützt unseren Kampf, denn wir kämpfen auch für euch. Etwaige Spenden sind zu richten an den Kassierer E. Lippmann, Werdau i. Sa., Königsstraße 9.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

In einem erheblichen Teil der von unserer Ortsverwaltung erfaßten Betriebe ist die Durchführung der 38tündigen Arbeitszeit nicht möglich. Es sollen nun in den Betrieben, wo die Verfürgung auf 38 Stunden möglich ist, dafür Einstellungen vorgenommen werden und die Betriebsräte resp. Vertrauensleute darauf hinarbeiten. In den Betrieben, wo Einstellungen nicht möglich sollen Sonderbeiträge, voraussichtlich bis 24. Dezember 1920, erhoben werden.

Und zwar bei einer Arbeitszeit von mehr als 38 Stunden bei einem Verdienst bis 200 Mk. 2 Proz., über 200 bis 250 Mk. 4 Proz., über 250 bis 300 Mk. 5 Proz., über 300 Mk. 6 Proz.

Es kommen zur Verrechnung die ausbezahlten Löhne, nach Abzug also der Steuer, Invalidenbeiträge, Krankentagebeiträge und Verbandsbeiträge. Kontrollmarken sind abzuholen.

Die Ortsverwaltung Berlin

Adressenänderungen.

Ulm a. D. Emil Frieder, Kassierer, Neumark, Heinrichstraße 3.

Kemtsch. Vorsitzender: Fritz Katheer, Eberfelder Straße 110. Kassierer: Fritz Matte, Nordstraße 186.

Versammlungskalender.

Berlin. Linoleumleger. Am 25. November Versammlung bei Giste, Wallstr. 32/33.

Berlin. (Allgemeine Tapeziererverammlung.) Am Dienstag, den 23. November 1920, abends Punkt 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer, Saal 1: Vortrag des Genossen Schumacher über „Russische Verhältnisse“. 2. Soll der Tarif gekündigt werden? Tapeziererstatistik bis 20. November ausfüllen und im Bureau abliefern. Zahlreiches Ersich in un erwünscht. J. A. Gerhardt.

Meiweis. Sonntag, den 28. November, vormittags 10 Uhr. Versammlung.

München. Freitag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, Versammlung in den Kolloseum-Bierhallen, Jahnstraße, Lehrersaal.

Stuttgart. Dienstag, den 30. November, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, allgemeine Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Verichte aus Leipzig, Landsberg a. S., Königsberg i. Pr., München und Magdeburg mußten wegen Raummangel zurückbleiben.

Für die Nummer 47 bestimmte Artikel und Verichte müssen bis zum 20. November in Händen der Redaktion sein.

Sterbetafel.
Berlin. Am 15. November starb unser langjähriges Mitglied Ferd. Loede, 88 J. alt.
Bielefeld. Am 12. November starb unser langjähriges Mitglied Wilhelm Wiking im Alter von 64 Jahren.
Halle a. S. Am 13. Oktober starb unsere Kollegin Martha Bösch.
Ehre ihrem Andenken.

Elegante neue warme Damenmäntel
verkauft sehr preiswert
W. Friedrich,
Berlin, Wiener Straße 30 I.

Tüchtige Polsterer
für Ledermöbel zum sofortigen Eintritt gesucht.
Ledermöbelfabrik C. J. Angerer
Wülfrath, Rheinland.

Tüchtiger Polsterer
speziell als Dekorateur
nicht unter 25 Jahren,
in Dauerstellung sofort gesucht.

P. Zimmermann
Stuhlmöbel und Innendekorationen
Trier, Fleischerstraße 31

Bekanntmachung
der Innungs-Krankenkasse der Tapezierer-Zunft zu Berlin.
Die vom Vorstand und Ausschuss der Kasse beschlossene 5. Abänderung der Satzung, betr. die § 10 Abs. 1 und 2, § 11 Abs. 2, § 20 Abs. 2, § 20a, § 22 Abs. 2, § 22a, § 36 Abs. 1 und 2, § 45 Abs. 2 und § 56 Abs. 5, ist vom Oberverficherungsammt Groß-Berlin unter dem 23. 10. 1920 genehmigt worden und tritt mit dem 25. 10. 1920 in Kraft, soweit die Abänderungen auf Grund der Verordnungen vom 30. 4. 1920 nicht bereits am 8. 5. 1920 bzw. 10. 5. 1920 in Kraft getreten sind. — Außer der Erhöhung der Grundlöhne und Erweiterung der Versicherungspflicht auf Grund der vorstehend genannten Verordnung wird durch die Satzungsänderung die Wochenhilfe bzw. Familienwochenhilfe neu geregelt. — Außerdem weisen wir darauf hin, daß zu Anfang des nächsten Jahres neue Satzungen im Kassenlokal zur Ausgabe gelangen.
Der Vorstand.
H. Kahlen, Vors. D. Poenicke, Schriftf.

Sportfattler
die auf Fußballer eingearbeitet sind, für Dauerstellung gesucht.
H. Hasemeier & Co.,
Krefeld, Herdinger Str. 104.
Zureiferlaubnis, Kost und Logis wird beschaft.

Mehrere tüchtige Autofattler
steht sofort ein
Schleifenwerk, Seehausen & Staar, Liegnitz.